

Sitzung vom 16. Mai 2001

715. Anfrage (Notbestand bei den internationalen Schulen Zürichs)

Kantonsrat Dr. Lukas Briner, Uster, hat am 26. Februar 2001 folgende Anfrage eingereicht:

Ist dem Regierungsrat der eklatante Mangel an Schulplätzen für Kinder vorübergehend in der Schweiz tätiger Mitarbeiter internationaler Unternehmungen bewusst, und welche Schritte gedenkt er zu unternehmen, um dieser gravierenden Beeinträchtigung der Standortqualität der Region Zürich baldmöglichst abzuwehren?

Begründung:

Mit erheblichem finanziellem Aufwand haben Wirtschaft und Staat gemeinsam eine Standortmarketing-Organisation ins Leben gerufen. Diese Organisation und die Volkswirtschaftsdirektion bemühen sich in anerkennenswerter Weise, das investitionsfreundliche Klima der guten Wirtschaftslage zu nutzen, um internationale Unternehmungen mit hoher Wertschöpfung und relativer Konjunkturstabilität in Zürich anzusiedeln. Diesen Bemühungen läuft der Umstand zuwider, dass den ausländischen Kadern solcher Firmen, die meist vorübergehend in Zürich tätig werden, nicht genügend Plätze zur Schulung ihrer fremdsprachigen Kinder angeboten werden können. Bereits müssen Einschulungsgesuche abgewiesen werden. Ein ausreichendes Angebot an Schulplätzen in internationalen Schulen gehört indessen zu den unabdingbaren Bestandteilen einer internationalen Wirtschaftsinfrastruktur. Zurzeit können nicht einmal mehr jenen Unternehmungen, welche Beiträge geleistet haben, genügend Schulplätze garantiert werden. Wenn dieser Zustand anhält oder sich gar verschlimmert, werden alle Ansiedlungsbemühungen nutzlos. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Dr. Lukas Briner, Uster, wird wie folgt beantwortet:

Für die Standortattraktivität einer weltweit tätigen Wirtschaft spielen eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle. Ein genügend grosses Angebot an geeigneten Schulplätzen für international mobile Eltern mit schulpflichtigen Kindern bildet unbestrittenermassen ein wichtiges Entscheidungskriterium von multinationalen Unternehmungen bei der Wahl neuer Geschäftsniederlassungen. Die internationalen, meist englischsprachigen Schulen stellen eine möglichst reibungslose Fortsetzung der Schulung von Kindern international tätiger Eltern sicher. Die Verfügbarkeit von Plätzen an internationalen Schulen ist somit ein wichtiger Standortfaktor. Eltern, die nicht die Gewissheit haben, ihren Kindern gute Ausbildungsplätze bieten zu können, ziehen nicht um. Dabei kommt dem Prinzip der freien Wahl des Bildungsangebotes hohe Bedeutung zu. Beide Bedingungen sind im Kanton Zürich derzeit nur bedingt erfüllt.

Wie eine Umfrage bei den betroffenen Schulen ergab, ist der Mangel an Schulplätzen erheblich. In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler um 10–15% pro Jahr gestiegen. Diese Feststellung trifft teilweise auch auf die zweisprachigen Schulen zu, wo der Anteil der englischsprachigen Kinder ebenfalls gewachsen ist. Es bestehen Wartelisten.

Die hohe Auslastung verläuft parallel zur Zunahme der Gesuche um Arbeitsbewilligungen in den letzten zwei Jahren, wobei es sich vermehrt um Arbeitnehmende handelt, die auch Plätze an internationalen Schulen beanspruchen. Die Hauptnachfrage erfolgt seitens ansässiger, international tätiger Grossunternehmungen. Aber auch KMU sind zunehmend auf ausländische Spezialistinnen und Spezialisten angewiesen. Die Auslastung der internationalen Schulen rührt auch von einer steigenden Nachfrage schweizerischer Familien her. Während früher die Zielgruppe als «zeitweise im Kanton Zürich weilende Ausländer» umschrieben wurde, ist heute die Rede von «international mobilen Familien». Zahlreiche Schweizer Familien, die mit einem Auslandeinsatz rechnen, oder gemischte Ehepaare mit angelsächsischem Elternteil machen deshalb von diesem Angebot Gebrauch. Rund 5–10% der Schulplätze werden heute von Schweizer Schülerinnen und Schülern belegt.

Kurzfristig ist nur mit einer leichten Entspannung der Lage zu rechnen. Zwei englischsprachige Schulen werden diesen Sommer zur Zurich International School fusionieren, um

auf die zunehmende Nachfrage besser reagieren zu können. In Wädenswil werden dank Unterstützung der Stadt neue Schulräume gebaut und das Angebot um rund 150 Plätze erhöht. Zudem sind an der Wallisellen International School freie Plätze verfügbar. Insgesamt stehen zu Beginn des Schuljahres 2001/02 rund 250 zusätzliche Schulplätze zur Verfügung. In Reinach, Schaffhausen und Zug gibt es weitere internationale Schulen im Einzugsbereich des Kantons Zürich. In Baden wird auf das Schuljahr 2002/03 eine neue Schule gebaut. Dies wird bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen berücksichtigt, indem ausnahmsweise die Wohnsitznahme in anderen Kantonen gestattet wird. Allerdings gehen dabei dem Kanton Zürich Steuereinnahmen in beträchtlicher Höhe verloren.

Die Schätzungen gehen von einer Verdoppelung des Bedarfs an Plätzen an internationalen Schulen aus. Einerseits ist mit einem weiteren Wachstum der ansässigen Unternehmungen und neuen Investitionen zu rechnen, andererseits wird sich die Öffnung im neuen Ausländerrecht auswirken. So erlaubt der Entwurf der neuen Begrenzungsverordnung auch Kurzaufenthalterinnen und -aufenthaltern von 12 bis 24 Monaten den Familiennachzug. Dabei gilt es allerdings die Entwicklung der Weltwirtschaftslage zu beachten.

Die Volkswirtschaftsdirektion und die Bildungsdirektion nehmen sich der Problematik an. Derzeit werden mit den betroffenen Kreisen Gespräche geführt, um nach tragbaren Lösungen zu suchen. Die Wirtschaftsförderung hat aktiv am Aufbau der Wallisellen International School mitgewirkt. Sodann ist eine Bedarfsstudie im Gang, um Ausrichtung, Kapazität und Standort einer möglichen vierten internationalen Schule zu prüfen. In einem ständigen Austausch mit den internationalen Schulen, Unternehmungen und Relocation Firmen wird die Verfügbarkeit von Schulplätzen laufend verbessert. Firmen, die sich neu im Kanton Zürich niederlassen, werden ermuntert, Partnerschaften mit den Schulen einzugehen, um sich entsprechende Plätze zu sichern. Bisher haben international tätige Unternehmungen Beiträge in zweistelliger Millionenhöhe geleistet.

Bei einem längeren vorübergehenden Aufenthalt kann der Besuch der öffentlichen Schule als mögliche Variante in Frage kommen. Die Volksschule des Kantons Zürich ist den Anforderungen bei der Integration fremdsprachiger Kinder gewachsen.

Auf gymnasialer Stufe ist mittelfristig die Möglichkeit eines besonderen Programms zu prüfen, das schweizerische und ausländische Schülerinnen und Schüler in einem parallelen Lehrgang vereinigt, der zu einem doppelten Abschluss mit schweizerischer Matur und internationalem Baccalaureat führt. Ein solches duales Angebot würde die Vorteile beider Schulsysteme kombinieren, die Schülerinnen und Schüler könnten von den verschiedenen Sprachfähigkeiten profitieren und die Integration von ausländischen Familien in der Schweiz würde erleichtert.

Im Rahmen der Volksschulreform wird der volkswirtschaftlichen Bedeutung der internationalen Schulen insoweit Rechnung getragen, als vorgesehen wird, sie durch Staatsbeiträge zu unterstützen, wenn sie die Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen und für den Kanton einen Standortvorteil bilden. Diese Neuregelung liegt im öffentlichen Interesse und soll für Schulen im Volksschul- und im Mittelschulbereich gelten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi